

Schon unmittelbar nach der Transition sank das Ansehen der institutionellen Politik erheblich. *El desencanto* (die Verdrossenheit) wurde ab Ende der 1970er Jahre zur populären Formel, um die gesellschaftliche Ernüchterung gegenüber der Demokratie zu markieren. Wie Studien zu politischen Einstellungen ergaben, betrachteten die Bürgerinnen die Politik mit Skepsis, Verdrossenheit und Misstrauen. Die Gesellschaft befürwortete zwar prinzipiell die Demokratie, sie verhielt sich jedoch gegenüber der konkreten Politik samt ihrer Abläufe und Repräsentanten zynisch (vgl. Gago 1995: 264).

Diese Politikskepsis wird indes *nicht* als schweres Problem gelesen. Im Gegenteil: Für die Kultur der Transition zeigen die Entfremdungstendenzen der Gesellschaft gegenüber der Politik, dass Spanien dieselbe Entwicklung durchmacht wie alle anderen westlichen Nationen. Materialismus und politische Apathie gelten damit als Kennzeichen von Modernität (vgl. Gunther/Montero 2004: 197). Sie legen offen, dass sowohl die spanische Gesellschaft als auch die Politik so weit gefestigt sind, dass sie wie zwei *autonome Sphären nebeneinander* funktionieren. Die Gesellschaft, genauer, die *Zivilgesellschaft* ist die Sphäre von Arbeit, Konsum, Privatheit und Zivilengagement; die *Politik* ist die Sphäre der harten Institutionen, der Volksparteien und der Entscheidungen. Beide Sphären interagieren zuweilen miteinander, etwa beim Wahlgang. Grundsätzlich jedoch sind Politik und Gesellschaft autonom, sie funktionieren unabhängig und besitzen je eigene Regelmäßigkeiten. Die Tatsache, dass die Politik gewissermaßen hinter dem Rücken der Bürgerinnen funktioniert und trotz Skepsis oder Desinteresse prinzipiell unterstützt wird, wird nicht als Indikator der Krise der Demokratie gelesen, sondern ihrer Festigung. Die Diagnose lautet: Spanien ist mittlerweile derart solide modernisiert, dass im Land sogar jenes politische Desinteresse aufkommt, das für avancierte Industrienationen typisch ist.

Fest steht, dass parallel zur demokratischen Transition die spanische Gesellschaft eine andere wurde. Sie war neu, europäisch, normal. Aber was verbirgt sich hinter diesem Normalisierungstopos? Die Antwort scheint unzweideutig: Spanien erlebte seit den 1950er Jahren eine Modernisierung, die das Land seit den späten 1970er Jahren auf westeuropäische Standards hebt. Diese Normalisierungstendenz lässt sich auf drei Kennzeichen zuspitzen: Erstens wird Spanien zur *Mittelschichtsgesellschaft*. Die Klassenverhältnisse schwächen sich ab und werden durch eine große Mittelschicht ersetzt. Diese ist urban, organisiert sich um die bürgerliche Kleinfamilie herum und macht das materielle Wohlergehen zu ihrer Hauptsorge. Zweitens entwickelt sich eine *Konsumgesellschaft*. Arbeit, Freizeit, Konsum – für die spanischen Bürgerinnen ist Modernität ein Wohlstandsversprechen. Der Fernseher, das Auto (besonders der im Land gefertigte Kleinwagen SEAT 600) der Urlaub am Meer oder eine Zweitresidenz auf dem Land werden zu Symbolen eines deutlich erhöhten Lebensstandards großer Bevölkerungsteile. Dem generellen Eindruck der Bürgerinnen nach hat Spanien einen Sprung nach vorn gemacht. Drittens ist das moderne Spanien eine *entpolitisierte Gesellschaft* geworden. Die einstigen Konflikte haben an Virulenz verloren. Im Zuge der Transition ziehen sich die politischen Debatten aus der Gesellschaft zurück und in das politische System ein.

### 3.2 Beruhigte Politik

Die spanische Gesellschaft vollzieht eine erfolgreiche Modernisierung – sie ist die Bedingung der Möglichkeit für die Konsolidierung der Demokratie. Zugleich aber bleibt

die modernisierte Gesellschaft in der Narration der Kultur der Transition eigentümlich eigenschaftslos, geschichtslos und konfliktlos. Um genauer zu erfahren, was diese Gesellschaft denn eigentlich auszeichnet, bedarf es des Umweges über ihre Gegenseite, die Politik. Zunächst lohnt der Blick jenseits des politischen Systems im engen Sinne und auf die Entwicklung der sozialen Bewegungen während der Transition zur Demokratie. In der kanonischen Literatur herrscht Einigkeit darüber, dass die Oppositionsbewegungen maßgeblich daran beteiligt waren, die franquistische Ordnung zu delegitimieren und eine demokratische Kultur zu verbreiten. Dem *Partido Comunista* (PCE) und der ihm nahestehenden Gewerkschaft *Comisiones Obreras* (Arbeiterkommissionen, CCOO) wird eine zentrale Rolle im Widerstand gegen die Diktatur zugeschrieben (vgl. Ysàs 2013: 277). Auch jenen Bewegungen, die wie die Nachbarschaftsvereine oder die Studentenbewegung strenggenommen nicht zur Arbeiterbewegung gehören, werden marxistische oder sozialistische Ideologien zugeschrieben. Sie alle werden als »Frühaufsteher« bezeichnet, sie agierten als revolutionierende Avantgarde einer Gesellschaft, die in den 1960er Jahren zu großen Teilen konformistisch und unpolitisch war (vgl. Ledesma 2006: 128ff.).

Im Zuge der Transition zur Demokratie erlebten indes jene Bewegungen, die in der Arbeiterklasse verankert waren und das Idiom des marxistischen Klassenkampfes sprachen, einen Niedergang (vgl. Luz Morán 1997: 363ff.). An ihre Stelle traten ab den späten 1970er Jahren die Neuen Sozialen Bewegungen. Ihr gemeinsamer Ausgangspunkt bestand darin, dass sie den Klassenkonflikt als zentrale Konfliktachse hinter sich ließen und andere Themen aufgriffen: von der Ökologie über die Homosexualität oder die Frauenrechte bis zur Hausbesetzung. Die Neuen Sozialen Bewegungen einte sowohl ihre ideologische Abwendung vom Marxismus als auch ihre sozialstrukturellen Wurzeln in der neuen, urban geprägten Mittelklasse. Für die hegemoniale Erzählung steht fest: Die modernisierte Sozialstruktur Spaniens seit dem Spätfranquismus erklärt, *woraus* die neuen sozialen Bewegungen entstanden, nämlich aus der neuen Mittelschicht. In dieser Hinsicht ist es kein Zufall, dass die Forderungen und Aktionsformen dieser neuen Bewegungen ihren »Schwesterbewegungen« in Westeuropa glichen. Wie diese sprachen aus ihnen neue Diskurse, wie diese verwarfen sie marxistische Semantiken.

Die Modernisierung der spanischen Gesellschaft schlägt sich im politischen Feld nieder. Der Übergang von der Arbeiterbewegung zu den neuen sozialen Bewegungen offenbarte in Spanien, dass eine neue Sozialstruktur entstanden war. Die neuen sozialen Bewegungen markierten nicht nur Modernisierung, sondern auch eine zunehmende Gesellschaftsfragmentierung und Individualisierung. Dies äußerte sich im Mietgliederschwind linker Massenorganisationen wie den Gewerkschaften UGT und CCOO oder der kommunistischen Partei. Und es zeigte sich diskursiv: Die neuen sozialen Bewegungen waren »single-issue-movements«, sie artikulierten begrenzte Fragestellungen (Benedicto 2007: 385). Ein Beispiel dafür bietet die Ökologiebewegung. Ihr Protest gegen die Inbetriebnahme von Nuklearstationen wurde besonders prominent. So widersetzte sie sich Anfang der 1980er Jahre erfolgreich gegen den Bau der Nuklearstation Lemóniz (vgl. Otero 1999: 498). Auch die Einrichtung von Naturschutzparks oder der Protest gegen Bauprojekte in Naturregionen wurde von Ökologieorganisationen forciert. Doch diese enge Themensetzung der Ökologiebewegung war zugleich ihre Schwäche. Als die spanische Regierung zwischen 1984 und 1992 ein Moratorium für die Inbetriebnahme neuer

Nuklearstationen verkündete, erlebte die Anti-Atom-Bewegung einen Niedergang, ihre Anliegen schienen weitestgehend zufriedengestellt (vgl. ebd.: 499).

Die neuen sozialen Bewegungen artikulierten ihrerseits einen Diskurs, der auf sehr spezifische Themen eingeschränkt ist, aber andererseits einen allgemeinen Zuschnitt besitzt: Auf Geschlechtergleichheit, Umweltschutz, Frieden oder die Forderung des Rechts auf Wohnen erheben alle einen Allgemeinheitsanspruch. Die neuen sozialen Bewegungen formulieren eine »universalistische und vernunftzentrierte Kritik an der Moderne, so wie sie sich im 19. und 20. Jahrhundert rund um die Ideale die Ideologie des Fortschritts und Prozesse der technischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Rationalisierung formiert hatte« (Otero 1999: 506).

Folgen wir dem Zitat Oteros, dann symbolisieren die neuen sozialen Bewegungen den Aufstieg einer aufgeklärten und kritischen Gesellschaft, die sich *reflexiv* auf sich selbst bezieht, um ihre Pathologien und Fehlentwicklungen zu beheben. Die Formel der hegemonialen Erzählung lautet: Die neue spanische Gesellschaft bringt aus sich heraus jene Kritikformen hervor, die den Status quo ausbessern und seine Konflikte beheben. Anders als zuvor die Arbeiterbewegung erheben die neuen sozialen Bewegungen eben nicht Anspruch auf eine radikale Gesellschaftsveränderung oder gar auf einen revolutionären Umbruch. Die neuartigen Protestformen bleiben fragmentiert, sie konzentrieren sich auf spezifische Themen und gehen mit dem liberaldemokratischen Grundrahmen prinzipiell *d'accord*. Die hohe Rationalität der neuen sozialen Bewegungen steht spiegelbildlich zu ihrem geringen Bruchpotential: Die Forderungen nach Nachhaltigkeit, Geschlechtergleichheit oder Entmilitarisierung lassen sich je für sich genommen relativ leicht – zumindest partiell – durch die institutionelle Politik prozessieren. Den sozialen Bewegungen, die das nachfranquistische Spanien auszeichnen, wohnt somit eine zentrale Paradoxie inne. Einerseits offenbaren sie, dass Spanien zu einem modernen Land geworden ist. Eine vernünftige Gesellschaft bringt aus sich selbst Kritikformen heraus, um ihre Missstände zu beheben. Doch andererseits sind diese modernen Protestbewegungen *schwach*, sie sehen sich außerstande, die soziale Ordnung ernsthaft zu erschüttern. Vielmehr agieren sie als kritische Korrektive, die punktuell und themenspezifisch soziale Zustände problematisieren und verbessern. Die Legitimität der neuen sozialen Bewegungen als rationale Kritikakteure nimmt zu, ihre Bedeutung als Veränderungskräfte ab, so lautet die Gleichung. Diese widersprüchliche Entwicklung spiegelt sich, so die kanonische Literatur, in der Gesellschaft als Ganzes. Spanien nimmt eine zusehends fortschrittliche und rationalisierte Gestalt an. Zugleich aber verliert das Land seine traditionell konflikthafte Aufladung, es wird friedlicher und unpolitischer.

Parallel dazu geschieht eine Spaltung des politischen Systems gegenüber der Zivilgesellschaft. Hier steht die Sphäre von politischen Debatten und Entscheidungen, dort die des Konsums, der Freizeit und der Arbeit. Die Spaltung zwischen Gesellschaft und Politik avanciert im modernen Spanien zur *Strukturdifferenz*. Die Anliegen, die etwa soziale Bewegungen in der Zivilgesellschaft betreiben, verlieren ihre Berührungspunkte mit der institutionellen Politik. Letztere besitzt eine äußerst geringe Responsivität vis-à-vis außerinstitutioneller Akteure. Im modernen Spanien bilden sich zwei getrennte politische Welten heraus. Auf der eine Seite steht die Sphäre der Regierung, Parlamente und Parteien. Dabei sind die Parteien »die einzigen Kanäle, um Ansprüche und Forderungen

der Gesellschaft und der sozialen Bewegungen zu repräsentieren« (Laraña 2011: 77). Dem steht, auf der anderen Seite, die Welt der Subpolitik in der Zivilgesellschaft gegenüber. Die dort agierenden sozialen Bewegungen bleiben außerinstitutionell, ihre Wirkungen beschränken sich auf einzelne Themen (z.B. Klimaschutz) und soziokulturelle Veränderungen. Die »harte Politik« erreicht die Subpolitik erst, wenn ihre Forderungen durch Parteien repräsentiert, rationalisiert und in klare Rangabfolgen gebracht werden (vgl. ebd.).

Der Blickwechsel von den sozialen Bewegungen auf das politische System im engen Sinne ist in dem Maße aufschlussreich, als sich mit dem Ende des Franquismus in kurzer Zeit ein demokratisches Institutionengefüge von enormer Stabilität herausbildete. Richard Gunther und José Ramón Montero (2004: 14) sprechen von einer Doppelbewegung von *leapfrogging* und *crystallization*. Einerseits bedeutete die demokratische Transition ein Sprung nach vorn. Spanien wurde in kurzer Zeit eine westliche Demokratie. Andererseits stabilisierten sich die Akteure und Institutionen der Anfangsjahre der Demokratie stark, sie wurden zum unverrückbaren Setting der spanischen Demokratie.

Von den späten 1970er bis in die 2000er Jahre hinein wird Spaniens politisches System durch ein stabiles *Zweiparteiensystem* strukturiert. Schon nach den ersten Wahlen 1977 standen der Wahlsieger UCD (33 %) und die Zweitpartei PSOE (25 %) weit vor den restlichen Kräften. Diese Tendenz verstärkte sich, als Anfang der 1980er Jahre die Zentrumspartei UCD zerbrach und an ihre Stelle die konservative AP – und später ihre Nachfolgepartei PP – trat. Die Hegemonie von PSOE auf der linken und PP auf der rechten Seite zeichnete sich dadurch aus, dass beide Volksparteien eine Catch-all-Strategie verfolgten. Sie konkurrierten um eine gemäßigte, entpolitisierte Mittelklasse (vgl. León 2014: 77–87). In diesem Sinne gehen die Volksparteien mit Programmen in die Wahl, die ideologisch schwach aufgeladen sind. Diese »center-seeking« und »vote-maximizing« Strategie (Gunther/Montero 2004: 374) führte PP und PSOE zur Konvergenzbewegung rund um eine wirtschaftsliberale Programmatik (dazu: Kap. II.2.b, II.2.c). Die zentristische Strategie von PSOE und AP/PP legte offen, dass die Parteiapparate die Anliegen ihrer deutlich links bzw. rechts positionierten Basis und Stammwählerschaft nur mehr schwach artikulierten. Die Responsivität der beiden Volksparteien – in Regierung oder Opposition – gegenüber den Forderungen, die aus der Zivilgesellschaft heraus artikuliert wurden, blieb sehr gering. Die Regierungs- und Parteispitzen steckten in der Eigendynamik des politischen Systems fest, sie besaßen oftmals keine starken Bande mehr zu ihren Stammwählerinnen (vgl. Verge 2007).

Ein weiteres verfestigtes Merkmal des politischen Systems ist sein *Pluralismus mit schwachem Antagonismus*. Bereits ab den ersten demokratischen Wahlen im Juni 1977 konturierte sich ein plurales Parteiensystem. Seine Grundmerkmale bestanden in der Vorherrschaft von zwei gemäßigten Großparteien, die Präsenz von ein bis zwei kleinen Parteien, die je stärker rechts und links profiliert waren, und die Anwesenheit von Regionalparteien (vor allem katalanischen und baskischen) mit zentristischem Profil. »Das Parteiensystem, das aus den Wahlen von 1977 hervorging, war sehr plural. Aber ihm mangelte es glücklicherweise an jener Polarisierung, die für die Dreißigerjahre auszeichnend gewesen war«, so die normativ gefärbte Diagnose von Tusell (1999: 786), die nicht nur auf 1977 zutrifft, sondern auch auf die Folgejahrzehnte. Trotz ihrem Pluralismus wohnte der parlamentarischen Politik, so die hegemoniale Selbstbeschreibung, eine schwache

Konfliktivität inne. Ausgehend vom Gründungskonsens rund um die Verfassung und die *Pactos de la Moncloa* (Kap. II.2.a), inszenierten die Parteien in Krisen oder Schlüsselergebnissen immer wieder ihr grundlegendes Einvernehmen. Insofern war der Konsens mehr als eine politische Praxis der 1970er Jahre, er wuchs zur Einstimmigkeit der politischen Hauptakteure in Staatsfragen auf (vgl. Heras 2011: 359). Damit ist nicht gesagt, dass die postfranquistische Politik keine Konflikte mehr kennen würde. Das Parteiensystem war geprägt von starken Debatten und Differenzen zwischen den Konfliktachsen Links versus Rechts und Zentrum versus Peripherie. Jedoch verorteten sich diese Gegensätze *innerhalb* eines gesetzten Grundrahmens, zu dem sich (fast) alle Fraktionen (fast) immer bekannten.<sup>24</sup> Dieser Grundkonsens schränkte die möglichen Konflikte stark ein und setzte gewisse Kernthemen als unverhandelbar – vor allem in der Wirtschaftspolitik, dem Sozialstaat oder der territorialen Ordnung.

Die geringe Konflikthaftigkeit im politischen System war auch eine Folge seiner bereits angesprochenen schwachen Responsivität. Die Trennung zwischen Zivilgesellschaft auf der einen Seite und Politik und Parteien auf der anderen, flankiert durch die schwache gesellschaftliche Verwurzelung der Großparteien, hat zur Folge: Das politische System zeigt sich relativ hermetisch gegenüber Forderungen sozialer Bewegungen, es prozessiert fast schon autopoietisch eigene Themen (vgl. Maravall 1992: 7f.). Soziale Mobilisierungen schrieben sich zwar immer wieder in politische Debatten ein. Doch sie taten es als spontane und kurzlebige Ereignisse, so die Proteste gegen den Nato-Verbleib Spaniens in den 1980er Jahren, die Proteste gegen den Irak-Krieg in den 1990er Jahren oder die Mobilisierungen gegen die Ölkatastrophe vor der galizischen Küste in den Nullerjahren. So stark diese Mobilisierungen gelegentlich die öffentliche Meinung prägten, so schwach war zugleich ihr Niederschlag in der institutionellen Politik. Die beiden Volksparteien stilisierten sich dagegen als möglichst ideologiefreie Reformprojekte. Ihr Kernziel war die Modernisierung Spaniens. Für sie war der Aufbau des Wohlfahrtsstaates, die europäische Integration oder die Modernisierung der Gesellschaft weniger eine ideologische Frage, sondern eine von *good governance* (vgl. Román 1995: 198, auch: Benedicto 2007: 398).

Die Orientierung am Modernisierungsideal bedingt, dass für die spanische Politik eine Konfliktlinie zentral wird: die Unterscheidung zwischen *moderner* und *gestriger* Politik. Zwar kommt das Gegensatzpaar neu/alt fast nie ausdrücklich in der postfranquistischen Politik vor. Doch die Gegenüberstellung zwischen den Positionen, die sich auf der Höhe der Zeit bewegten, und jenen, die als gestrig abgetan wurden, bleibt stets hochpräsent. Wie die Diskurse der Spitzenpolitiker Adolfo Suárez, Felipe González oder José María Aznar oder die Programme des sozialistischen PSOE und des konservativen PP deutlich gemacht haben, ist für sie die Abgrenzung gegenüber der Vergangenheit und die Orientierung auf einen modernen und europäischen Zukunftshorizont enorm gewichtig. All das, was mit der Zeit *vor* der Transition identifiziert wird, galt als überholt,

24 Die Konflikte zwischen den beiden Volksparteien PP und PSOE zentrierten sich im Zeitraum zwischen den 1980er Jahren und den Nullerjahren um Fragen der Außenpolitik (so der spanischen Beteiligung an der von der US-Regierung forcierten Irak-Invasion im Jahr 2003) und zudem um eher soziokulturelle Themen wie die Legalisierung der Homo-Ehe (2006) oder des kollektiven Gedächtnisses an den Bürgerkrieg.

im Grunde als schädlich für das Gemeinwesen. Sei es der Franquismus, seien es die radikalen Arbeiterkulturen, sei es die zweite Republik – die politischen Traditionen der Vergangenheit werden als obsolet verworfen (vgl. Gunther/Montero 2004: 192). Der neue Horizont der spanischen Politik und Gesellschaft heißt nun Europa.

### 3.3 Die Kultur der Transition – eine diskursive Kartographie

Dass Spanien nach dem Tod Francos zu einem anderen Land wird, betont das hegemoniale Narrativ lautstark. Die Unterkapitel II.2.a/b »Die Transition (1975–1978) als Gründungsmythos« und »Modernisierung unter sozialistischem Vorzeichen?« legten offen: Spanien vollzog den Übergang von der Diktatur zur Demokratie nicht nur schnell, es ließ auch seine krisen- und konfliktzerrüttete Geschichte hinter sich und schlug einen westeuropäischen Entwicklungspfad ein. In der Formel »vom Recht zum Recht über das Recht« kondensierte Spaniens erster demokratischer Präsident nach Franco, Adolfo Suárez, das Ideal einer *betreuten Volkssouveränität*, also einer Demokratie, die organisch aus dem franquistischen Staatsapparat erwuchs und dessen grundsätzliche Legitimität nicht in Frage stellte. Der friedliche Übergang von einem autoritären zu einem demokratischen Regime geschah dank der gemeinsamen Bemühungen aller moderaten Kräfte, er verdankte sich dem Konsenswillen der politischen Hauptakteure, von rechts (AP und UCD) bis links (PSOE und PCE). Wie der PSOE-Politiker und Verfassungsvater Peces-Barba hervorhob, war die Verfassung von 1978 von Verständigungswillen geprägt, sie wurde geradezu vom Schlüsselwert des *Konsenses* getragen. Dabei waren die Hauptdarsteller dieses Konsenswillens die politischen Eliten. Die Bürgerinnen blieben in der Transitionserzählung die passiven Rezipientinnen eines von oben entworfenen Demokratieprojekts.

In dieser Hinsicht ist festzuhalten, dass die beiden Knotenpunkte des Gründungsmythos von 1978 der *Konsens* und die *betreute Volkssouveränität* sind. Um sie herum gruppiert sich, mit Foucault (1981) gesagt, ein Ensemble von Sprechern, Begriffen und Strategien, das eine Sphäre der Legitimität konstituiert: Die politischen Eliten sind die legitimen Akteure, die liberaldemokratischen Werte sind der richtige Normenkanon, der wirtschaftsfreundliche Liberalisierungskurs ist die einzig mögliche Modernisierungsstrategie. Was außerhalb dieser Koordinaten liegt, wird ausgeschlossen, als illegitim, radikal oder gestrig gebrandmarkt. Wie die kanonischen Texte der Kultur der Transition zeigen, arbeitet der hegemoniale Diskurs mit Grenzziehungen, die oftmals subtil und relativ unsichtbar, dafür aber umso wirksamer ausfallen.

Streit, Zwist und Zerwürfnis kommen in der hegemonialen Erzählung kaum mehr vor. Sie erscheinen als Sache der Vergangenheit, für die Gegenwart haben sie jede Relevanz verloren. Im Bericht Paco Candels (Kap. II.2.d) scheint allerdings auf, dass auch in den Transitionsjahren der Konflikt nicht aus der politischen Bühne verschwunden war. Die Spannungen zwischen Linken und Rechten, zwischen Zentralstaat und peripheren Nationalismen bestanden weiter. Auch die konfliktgeladene Erinnerung an Republik, Bürgerkrieg und Diktatur blieb laut Candels Bericht in den parlamentarischen Debatten der späten 1970er Jahre virulent. Dass der Knotenpunkt des Konsenses und mit ihm Kategorien wie Kompromiss, Verantwortung oder Mäßigung zentral wurden, hängt damit zusammen, dass eine gesellschaftliche Mehrheit diesen Konsens als einzige Chance